„Der Courier"
Das Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS' ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann,
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Redakteur.
Geschäftslokal — 1835-1837 Halifax Strasse, Regina, Sask.
Telephon 3391
Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Mittwochausgabe, 12—32 Seiten stark.
Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate 75c; ein Monat, 35c.
Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.
Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.:
Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

„Größere Verbände für die Schulverwaltung"

Die Legislatur von Saskatchewan, die in den letzten Tagen eröffnet worden ist, hatte am letzten Freitag „die Ehre und das Vergnügen", den in den deutschsprechenden Kreisen der Provinz nicht sonderlich beliebten Herrn Dr. J. T. M. Anderson zu hören. Er hat nicht nur durch seine Wirksamkeit in der konservativen Partei, sondern noch mehr durch seine sattsam bekannte Schrift über die „Neucanadier" zeitweise recht unliebsames Aufsehen bei uns erregt. Leider scheint er seine zweifelhafte „Berühmtheit" noch mehr vervollständigen zu wollen.

In seiner Legislaturrede vom letzten Freitag hat er ein Thema berührt, das noch stets ein Stein des Anstoßes gewesen ist. Nach der uns augenblicklich vorliegenden Pressemeldung verlangte er „größere Verbände für die Schulverwaltung" und fügte er hinzu: „Wenn die Regierung nicht etwas tut und uns es wissen lassen will, dann werden wir auf dieser Seite des Hauses eine eigene Vorlage einbringen." Weiterhin hat Herr Dr. Anderson bemerkt, er glaube die Französisch-Canadier seien gegen die Einführung eines solchen Systems, aber er könne keinen Grund für ihren Widerspruch erkennen, oder inwiefern sie dadurch verletzt würden.

Wir können dem Herrn Dr. Anderson versichern, daß nicht nur unsere französischsprechenden Mitbürger sich gegen den von der konservativen Opposition geplanten Schritt auflehnen, sondern ebenso auch die deutschsprechenden, christlichen Kreise. Zum Beweis dafür sei folgende Resolution angeführt, die auf der Konvention der Christlichen Schulvorsteher-Vereinigung von Saskatchewan am 5. Juli 1927 zu Tramping Lake, Sask., angenommen worden ist:

„Die Christliche Schulvorsteher-Vereinigung von Saskatchewan erklärt ihre Opposition gegenüber jedem Streben nach Zentralisierung in der Verwaltung der ländlichen Schulen."

Der von Herrn Dr. Anderson angedeutete Plan geht nämlich darauf hinaus, durch Zusammenschluß von 3 oder 4 Munizipalitäten jedes Eigenleben im Schulleben zu erdrosseln und das ganze Schulwesen der Provinz unter Einflüsse zu stellen, die uns immer und immer wieder feindlich gegenübergetreten sind. Die Schuldistrikte, so schlug zum Beispiel die Erziehungsvereinigung von Saskatchewan im letzten Jahre vor, sollen bleiben, wie sie sind, und ihre Schulvorsteher sollen auch weiterhin die Finanzfragen der betreffenden Schulen regeln, während die eigentlichen Erziehungsangelegenheiten einem besonderen Schulkomitee, das auch die Lehrer anzustellen habe, überlassen werden sollen. In diesem Vorschlag sind ernste Gefahren enthalten, welche die übliche demokratische Selbstverwaltung, wie sie von den Steuerzahlern und Schulvorstehern ausgeübt worden ist, schwerstens bedrohen. Das wäre das Ergebnis der „größeren Verbände für die Schulverwaltung" (larger units of educational administration), die Herr Dr. Anderson so nachdrücklich fordert, unter gleichzeitiger Ankündigung eines oppositionellen Antrags.

Schon unter dem jetzigen System entstehen mitunter in den Schuldistrikten gewisse Reibungen zwischen nationalen und konfessionellen Gruppen, weil die Minderheiten nicht immer und überall von der Mehrheit entsprechend berücksichtigt werden. Diese Lage müßte sich beträchtlich verschärfen, wenn man durch Einführung „größerer Verbände für die Schulverwaltung" die Minderheiten noch mehr benachteiligen und an die Wand drücken würde. Darauf haben es aber allem Anscheine nach die Urheber dieser unglücklichen Idee abgesehen. Herr Dr. Anderson sollte sich als Politiker und klugseinwollender Mann doch wahrlich darüber klar sein. Oder ist es gerade das, was er durch Anschneiden dieses Themas beabsichtigt?

Wir haben schon vor Monaten (im „Courier" vom 11. Mai 1927) gegen das Projekt „größerer Verbände für die Schulverwaltung" in einem Leitartikel Stellung genommen und über die Auffassung der deutschsprechenden Kreise in dieser Beziehung keinen Zweifel gelassen. Wörtlich bemerkten wir damals:

„Was würden die von den Eltern und Steuerzahlern gewählten Schulräte zu bedeuten haben, wenn sie sich nur auf die Regelung finanzieller und materieller Angelegenheiten beschränken müßten? Welche weitgehende Macht würde aber in die Hände der vorgeschlagenen (zentralisierten) Schulverwaltungen gelegt werden! Sie hätten darüber zu entscheiden, welche Lehrkräfte angestellt werden. Das ist aber sehr wichtig, namentlich dort, wo man mit Recht darüber zu wachen sucht, daß die Kinder nicht in die Hände von ungläubigen und gottlosen Lehrern geraten. Das ist auch sehr wichtig dort, wo man Söhnen und Töchtern deutscher Eltern, die über die nötige Vorbildung verfügen, Gelegenheit zur Verwendung als Lehrer oder Lehrerinnen in den Schulen der deutschen Distrikte gewähren will. Die Forderung läuft also darauf hinaus, über die Köpfe der Erziehungsberechtigten hinweg die Lehrkräfte anzustellen und damit den Geist zu bestimmen, in dem die Unterrichtung und die Erziehung der Jugend vor sich gehen sollen. Das aber ist ein Eingriff in das Elternrecht, das natürlichen und göttlichen Ursprungs ist, das vor Gott und Welt die Verantwortung für das zeitliche und ewige Heil der Kinder trägt."

Würde Herr Dr. Anderson den „Courier" lesen, so hätte er sich die Verwunderung über den Widerspruch der Französisch-Canadier ersparen können, die vermutlich ähnliche triftige Gründe wie wir gegen eine Zentralisierung der Schulverwaltung anzuführen haben. Denn hier liegt ein Gebiet vor, auf dem sich alle Minderheiten, denen eine echt christliche Kindererziehung am Herzen liegt, zu gemeinsamer Abwehrfront vereinigen.

Wir wissen im Augenblick, da wir diesen Artikel niederschreiben, noch nicht, ob Herr Dr. Anderson mit seiner „Drohung" Ernst macht, nämlich eine Vorlage zur Schaffung „größerer Verbände für die Schulverwaltung" einzubringen. Sollte das eintreten, dann erwarten wir von der liberalen Legislaturmehrheit, daß sie gegen diese Anderson-Politik energisch Stellung nimmt und sich als Schutz und Schirm der Minderheiten von Saskatchewan erweist.

Die Aeußerungen des Herrn Dr. Anderson aber haben uns bewiesen, wie recht wir hatten, als wir seinen Lockтönen auf der konservativen Konvention zu Winnipeg mißtrauisch gegenübertraten. Damals hat er wohl nur aus taktischen Gründen zu einem vorsichtigen und rücksichtsvollen Verhalten gegenüber den Fremdgeborenen geraten. Doch wir wollen ehrliche und aufrichtige Freunde, die aus innerer Ueberzeugung für unser gutes Recht eintreten und es gegen jeden Angreifer mit Mannesmut verteidigen.

Besserung der Lage Oesterreichs

Seitdem es der Stadt Wien gelungen ist, eine Anleihe von $30,000,000 in New York zu erlangen, scheint Oesterreich einer hoffnungsvolleren Aera finanzieller und wirtschaftlicher Entwicklung entgegenzugehen; der Ausblick ist vielversprechender als zu irgend einer Zeit seit dem Sturz der Habsburg-Dynastie.

Der erste Abschnitt der amerikanischen Anleihe wird nach einem soeben gefaßten Beschluß für die Verbesserung des elektrischen Betriebs und andere produktive Unternehmungen Verwendung finden. Durch das im Zunehmen begriffene Vertrauen des Auslands in die kommerzielle Gesundheit der Republik und die von verschiedenen Seiten aus Amerika und Europa einlaufenden Angebote der Bewilligung von kurzfristigen Anleihen ermutigt, machen nun die österreichischen Finanziers energische Anstrengungen, den vorkriegszeitlichen Einfluß des Landes als Zwischenhändler gewaltiger finanzieller Transaktionen zurück zu gewinnen. Früher wurden die Waren und Produkte von 70,000,000 Bewohnern Mitteleuropas, des Balkans und der Türkei zwischen diesen Ländern und der Außenwelt durch die Vermittlung Oesterreichs ausgetauscht.

Obgleich die Bevölkerung Oesterreichs nunmehr auf 6,000,000 zurückgegangen ist, finanzieren diesen unternehmende Bankiers immer noch 60 Prozent dieser Transaktionen. Um nun den wirtschaftlichen Bau des Landes weiter zu stärken, werden Anstrengungen gemacht, für Oesterreichs öffentliche Märkte und Börsen das gewaltige Geschäft zurückzugewinnen, das zur Zeit durch private Abkommen in Büros und Banken erledigt wird.

Daß die verhängnisvolle Finanz- und Handelskrise, die nach dem Jahr 1923 einsetzte, nunmehr endgültig überwunden ist, wird durch den andauernden Fluß von ausländischem, insbesondere amerikanischem Kapital in das Land dargetan, wie auch durch das wachsende Vertrauen der Außenwelt in die Zukunft Oesterreichs.

Das Jahr 1927 erwies sich für das österreichische Geschäft als äußerst erfolgreich. Der Touristenverkehr allein füllte die Taschen der Geschäftswelt wie selten zuvor und ermutigte dadurch eine Vergrößerung der Geschäfte und die Anlage von großen Geldsummen in anderen Unternehmungen.

Die Zahl der Bankerotte hat beständig abgenommen, und das Land befindet sich heutigen Tages nach der Ansicht kompetenter Beobachter des Auslandes nicht nur in einem Zustand hoffnungsvoller Rekonvaleszenz, sondern viriler Solvenz.

Die Aussichten auf eine weitere Besserung des wirtschaftlichen Ausblicks der Republik sind in der Neigung aller früher zum österreichischen Reich gehörigen Länder zu erblicken, die politische Streitaxt zu begraben, die Zollsätze herabzusetzen, das gegenseitige Vertrauen zu stärken und Verkehrs- sowie Paßschwierigkeiten zu beseitigen.

Angesichts dieser günstigen Faktoren scheint die Regierung fest davon überzeugt zu sein, daß es ihr im neuen Jahre gelingen wird, eine Anleihe von $100,000,000 in Amerika zu erlangen.

Weltumschau

Deutscher Reichstag — Die Schlußsession des Reichstags der zweiten Legislaturperiode des neuen Deutschen Reiches mit republikanischer Staatsform hat begonnen. Der letzte Akt verspricht ein bedeutungsvoller zu werden, voller Überraschungen und sicherlich voller Aufregungen. Vom Verlauf der Handlung dürfte Sein oder Nichtsein der heutigen Regierung, des Kabinetts der bürgerlichen rechtsorientierten Koalition abhängen. Mit dem Rücktritt Dr. Otto Geßlers und dessen Ersetzung durch General Gröner als Reichswehrminister ist eine neue Unsicherheit in die allgemeine innenpolitische Lage hineingetragen worden. General Gröner war ursprünglich Monarchist und hat sich seit dem Umsturz dem demokratischen Gedanken zugewandt. Auch Dr. Geßler war schon durch Veranlagung Demokrat, hatte indessen sich unter Einwirkung seiner Amtstätigkeit nach rechts hin gemausert. Der Entwicklungsgang der beiden Männer hat sich also in umgekehrter Richtung vollzogen. Aber General Gröner hat sich niemals aktiv als Parteipolitiker betätigt, und es wird von ihm erwartet, daß er auch auf seinem neuen politisch ja äußerst exponierten Posten sich diese Unabhängigkeit bewahren werde.

Die Aussprache über die vom Kabinett Marx befolgte allgemeine Politik wurde im Reichstag durch die Etatsrede des Reichsfinanzministers Dr. Köhler (Zentrum) eröffnet. Die Darlegung vollzog sich ungestört und die Opposition hielt sich noch zurück. Eine Sensation aber rief der sozialdemokratische Führer Carl Severing, der langjährige preußische Minister des Innern, hervor. Nach vierzehnjähriger Pause trat er wieder zum erstenmale im Reichstag als Oppositionsredner auf.

Prohibitionsfrage in Deutschland — Geradezu über Nacht ist auch für Deutschland die Prohibitionsfrage zu einem nationalen Problem geworden. Wenngleich auch bereits seit längerer Zeit Bestrebungen von Organisationen mancherlei Art im gange waren, das Reich mit einer dem amerikanischen Volsteadgesetz ähnlichen Maßnahme zu „beglücken", so konnten diese Versuche bisher doch nicht ernst genommen werden, sondern wurden vielmehr mehr oder weniger humorvoll betrachtet. Nun hat jedoch plötzlich der „Deutsche Kommunalverband", eine Organisation, der fast alle wichtigen Städte des Reiches angehören, sich an die Reichsregierung mit einer Eingabe gewandt, die eine Steuer auf Spirituosen verlangt.

Dieser Schritt des Verbandes kann selbst den überzeugten „Trockenen" überraschend, bedeutet jedoch nichts weniger als Wasser auf deren Mühle. Von allen Seiten mehren sich daher nun die Stimmen, die diesen Schritt des Verbandes unterstützen und sogar noch weitergehende Maßnahmen fordern.

Die Freunde des alten Zustandes fühlen sich nunmehr das erstemal in ihrer Lage gefährdet. Die Erklärung des Verbandes besagt, daß „die Zeit nunmehr reif ist, mit einer schweren Steuer das unmäßige Trinken zur Einschränkung zu bringen."

Verspottung Gilberts. — Die Berliner sahen in den Straßen der Stadt Plakate der Deutschvölkischen, die in spöttischer Weise S. Parker Gilbert, dem amerikanischen Agenten für den Dawesplan, zum deutschen Kaiser ausrufen. Anlaß hierzu war der 69. Geburtstag des vormaligen Kaisers. „Da das deutsche Volk augenscheinlich unfähig ist, das Szepter zu schwingen," heißt es in den Aufrufen, „so haben wir den 32 Jahre alten amerikanischen Bankier S. Parker Gilbert zum Kaisertum erhoben. Der frühere Kaiser herrschte mit Krone und Szepter. Der neue regiert mit einem Zylinderhut und mit Scheren zum Abschneiden von Kupons."

Die Plakate kündigen an, daß eine Massenversammlung zu Gilberts Ehren stattfindet. „Arbeitslose Kriegskrüppel und andere Opfer werden in der Versammlung ihre Dankbarkeit für die Züchtigungen ausdrücken, welche ihnen das internationale Kapital seit 1918 zugefügt hat." Die Aufrufe sind von dem Reichstagsabgeordneten Wilhelm Kube im Namen der Deutschvölkischen Partei gezeichnet.

Reichskonferenz beendet. — Die in Berlin tagende Reichskonferenz der Ministerpräsidenten aller deutschen Staaten ist nunmehr zu Ende gegangen, ohne daß die Frage des „Einheitsstaates" ihrer Lösung wesentlich näher gekommen sei. Wie vorausgesagt, wurde die weitere Beratung des Problems einer besonderen Kommission übergeben, die unter dem Vorsitz des Reichskanzlers aus der gleichen Zahl von Vertretern der Reichsregierung und der Regierungen der Bundesstaaten bestehen soll.

Der wichtigste Schritt der Konferenz zu einer Lösung der brennenden Frage ist vermutlich die am letzten Sitzungstage angenommene Resolution, die sich auf den Boden stellt, daß die sogenannten „Enclaven" allmählich verschwinden sollten und daß daher die Zusammenlegung von kleineren Bundesstaaten zu größeren Gebilden nach Möglichkeit zu fördern sei.

Die Reichsregierung verhieß die weitgehendste Hilfe zu diesem Zwecke, und diese Ansicht wurde von vielen bundesstaatlichen Vertretern geteilt, die die größte Wirtschaftlichkeit in der internen Verwaltung des Reiches forderten. Ein weiterer Ausschuß, dem der Reichsfinanzminister und vier Finanzminister der Bundesstaaten angehören, wird sich mit der Abfassung eines geeigneten Programms, um diese Ersparnisse in die Wirklichkeit umzusetzen, zu befassen haben.

Russischer Botschafter in Paris. — Ein ganzes Bataillon Infanterie war im Hof des Elysee-Palastes zu Paris aufgestellt und erwies dem neuen Sowjetbotschafter Valerian Dowgalewsky militärische Ehren, als dieser vor dem Palast erschien, um dem Präsidenten der Republik seine Beglaubigungsschreiben zu überreichen. Gewöhnlich wird zu solchen Formalitäten nur ein Zug Infanterie herangezogen.

Dowgalewsky ist der Nachfolger von Christian Rakowsky, welch letzterer auf das Drängen der französischen Regierung seinerzeit von Moskau abberufen wurde. Bei Ueberreichung seiner Beglaubigungsschreiben erklärte der neue Sowjetbotschafter: „Die Sowjet-Regierung ist fest entschlossen, für die Erhaltung des Friedens einzutreten."

„Sie werden finden," erwiderte Präsident Doumergue, „daß ich und alle Mitglieder der französischen Regierung auf das gleiche Ziel hinarbeiten."

Frankreich und Kriegsfrage. — Die französische Regierung hat in ihrer letzten Note in Verbindung mit den diplomatischen Unterhandlungen mit Washington über einen Vertrag zur Aechtung des Krieges, durch ausdrückliche Betonung ihrer Verpflichtungen zum Völkerbund die Ergafrage den Vereinigten Staaten gegenüber aufgeworfen. Zum ersten Male im Notenwechsel zwischen Außenminister Briand und Staatssekretär Kellogg ist der Völkerbund in der letzten französischen Note namentlich erwähnt worden. Diese Note wurde in allen Pariser Zeitungen mit allgemein freundlichem Kommentar des französischen Standpunktes veröffentlicht.

Frankreich hat damit definitiv seine Verpflichtungen zum Völkerbund als einen Grund für die Abänderung des ursprünglichen Vertragsvorschlages angegeben, mit dem die Vereinigten Staaten einen mehrseitigen gegenüber einem gegenseitigen Vertrage anregten. Die Franzosen wünschen ferner in dem vorgeschlagenen Vertrag einen Satz einzuschieben, der die Verfemung nur auf Angriffskriege beschränkt.

Die letzte Note schlägt außerdem noch vor, daß die Vereinigten Staaten es möglich finden könnten, für die Definierung der Angriffskriege jenen Wortlaut zu gebrauchen, der von der Mehrzahl der Mächte in Genf seinerzeit angenommen wurde. Die Note läßt jedoch die Tür offen für jede andere Formel, die die Vereinigten Staaten an Frankreich vorschlügen, die es letzterem ermöglichen würde, eine absolute Verdammung des Krieges mit den von verschiedenen Ländern abgeschlossenen Verträgen und Verpflichtungen und dem natürlichen Wunsche nach Sicherheit in Einklang zu bringen. Die Antwort an Kellogg sagt weiter, daß Frankreich noch immer bereit sei, einen gegenseitigen Vertrag zwischen beiden Ländern abzuschließen, der einen Krieg zwischen ihnen für immer verhindern soll.

Von Paris nach New York. — Ein 48stündiger Postdienst zwischen Paris und New York für etwa 50 Cents für einen Brief scheint dem französischen Luftdienst eine Lösung des transatlantischen Problems zu sein. Man sagt, daß zurzeit in der Welt 20 Regierungsstellen an Projekten für einen Flugdienst über große Entfernungen arbeiten und natürlich hat Frankreich, wie alle anderen Länder, seine eigenen Pläne.

Ein 18 Tonnen-Luftschiff, das 12 Passagiere für einen Preis von je $2000 von Paris nach New York bringen würde, während für Fracht $8 das Pfund verlangt werden soll, ist der Vorschlag der Regierungs-Sachverständigen. Dieses Schiff würde 5000 Gallonen Betriebsstoff mitführen und die Fahrt über die Azoren und mit möglicher Zwischenlandung auf den Bermudas in etwa 45 Stunden machen.

Louis Bleriot, der als erster den englischen Kanal überflog, ist der Vater der Idee eines riesigen Passagier- und Frachtflugzeuges, das ein Motorrettungsboot mit sich führen soll, welches sich bei einer Notlandung auf dem Wasser automatisch auslöst.

Französische Flugzeug-Fabrikanten glauben fest, daß transatlantische Flüge in etwa 10 Jahren bereits als regelmäßige Handelslinien betrieben werden, fühlen aber, daß zurzeit die französische Luftfahrt flügellahm ist dadurch, daß die Armee, die ja der größte Kunde ist, Produktion und Entwürfe kontrolliert. Sie hoffen jedoch, daß in absehbarer Zeit Heer und Marine den Bau großer Langstrecken-Frachtflugzeuge unterstützen werden.

Rom und Belgrad — Der römische Korrespondent der „Times" erfährt, daß der Freundschaftsvertrag zwischen Italien und Jugoslawien, das sogenannte Abkommen von Rom, dessen Geltung am 27. Januar ablaufen würde, stillschweigend um sechs Monate verlängert wird. Der Berichterstatter sieht hierin die erste Folge der französisch-italienischen Entspannung, die auch auf das italienisch-jugoslawische Verhältnis auswirke.

Der diplomatische Korrespondent der „Westminster Gazette", der in jugoslawischen Angelegenheiten zumeist über verläßliche Informationen zu verfügen pflegt, weiß ebenfalls zu berichten, daß parallel mit den französisch-italienischen Besprechungen ein Gedankenaustausch zwischen Italien und Jugoslawien im Gange ist. Der Korrespondent läßt auch durchblicken, daß, wenn auch der englische Botschafter in Rom an allen diesen Konventionen keinen unmittelbaren Anteil nimmt, er im Hintergrunde eine wichtige Rolle spielt, und daß er, sobald die italienisch-französischen Verhandlungen ernste Resultate zeitigen würden, auf Weisung des Außenamtes aktiv auftreten dürfte.

Auf die Berliner Besprechungen zwischen dem Belgrader italienischen Gesandten Bodrew und dem jugoslawischen Außenminister hinweisend, meint die Vossische Zeitung, es sei durchaus wahrscheinlich, daß der italienische Diktator vor den offiziellen Verhandlungen mit Frankreich eine Entspannung auf dem Balkan herbeiführen wolle, die ihm dann bei den Konferenzen mit Frankreich zugute kommen könnte. Die italienische Politik habe jedenfalls nach der vollständigen Besetzung Albaniens von Belgrad nichts mehr zu fürchten. Sie habe nur noch zu fordern, daß die Ratifizierung der Nettungsverträge durchgeführt werde. Ferner schreibt das Blatt:

„Da nunmehr Albanien völlig in italienischen Händen ist und kaum mehr zur Debatte gestellt werden dürfte, wäre es ein sehr geschickter Schachzug Italiens, jetzt den Serbo-Slawen gegenüber eine Freundschaftspose zu machen, die ihm nur Gewinn einbringen könnte. Da Belgrad nach der zähen italienischen Offensive anscheinend niedergebrochen ist und die französische Rechte für eine Besserung der italienisch-französischen Beziehungen ist, ist die Möglichkeit einer, wenn auch nur oberflächlichen Einigung zwischen Rom und Belgrad nicht von der Hand zu weisen.

Todesstrafe in Polen. — Die Vollstreckung der Todesstrafe in Polen ist von der Regierung jetzt endgültig geregelt worden. In den ersten Jahren des Bestehens der Republik wurden alle Todesurteile von Soldaten vollstreckt, dann wurde ein Henker angestellt. Das neue Gesetz bestimmt, daß von der Armee nur kriegsgerichtlich ergangene Todesurteile zu vollstrecken sind, in allen anderen Fällen hat der Henker seines Amtes zu walten. Dem Scharfrichter wird ein Gehilfe beigegeben, der ihn vertreten wird, wenn er Urlaub hat oder wenn er krank ist.

Deutscher Botschafter in Washington. — Friedrich Wilhelm von Prittwitz-Gaffron, der neue deutsche Botschafter für die Vereinigten Staaten, begab sich zur Uebernahme seiner Stellung nach Washington. Der Botschafter kam auf dem Passagierdampfer „Albert Ballin" mit seiner Gattin, der früheren Gräfin Strachwitz und ihrer vierjährigen Tochter in New York an. Er lehnte eine Besprechung politischer Angelegenheiten ab, bevor er Präsident Coolidge seine Beglaubigung überreicht hat.

Amerikanische Kriegshetze

Kürzliche „kriegerische Reden" von Seeoffizieren der Vereinigten Staaten und deren Forderungen nach einer größeren Kriegsflotte haben Ohmann Borah des amerikanischen Senatskomitees für auswärtige Angelegenheiten zu einer Erklärung veranlaßt, in der er die agitatorische Tätigkeit der Offiziere als „reinen Wahnsinn" bezeichnet.

Auf das neuliche Eintreten des Kontre-Admirals Charles F. Hughes, des Chefs der Marineoperationen, für ein Flottenbauprogramm von nahezu einer Milliarde Dollar, und auf die Erklärung des Kontreadmirals Charles O. Plunkett hinweisend, der sagte, die Vereinigten Staaten hätten bald einen Krieg mit ihren Handelskonkurrenten zu erwarten, appelliert der Senator von Idaho an die Steuerzahler, „von sich hören zu lassen, bevor diese wahnsinnige Politik zu einer feststehenden wird."

Senator bezeichnet solche Erklärungen, wie sie die Kontreadmirale Hughes und Plunkett machten, als „unheilvoll im höchsten Grade" und fügte hinzu:

„Wenn irgend etwas möglicherweise Krieg zwischen zwei großen Nationen herbeiführen kann, sind es diese großen Flottenbauprogramme in Verbindung mit Erklärungen seitens Marineoffizieren der betreffenden Nationen, daß ein Krieg unausweichlich sei. Das war die wahnsinnige Politik, die von 1900 bis 1914 zwischen Deutschland und Großbritannien vorherrschte und die viel zum Ausbruch des Weltkrieges beitrug.

„Kontreadmiral Hughes erschien vor dem Marinekomitee des Hauses, setzte sich für ein Bauprogramm, das eine Auslage von nahezu einer Milliarde Dollar notwendig machen würde, ein und bedeutete dem Komitee, daß dies nur der Anfang sei. In nicht mißzuverstehender Weise sagte er auch, daß er Feindseligkeiten voraussehe. Nun hat Kontreadmiral Plunkett in einer öffentlichen Rede erklärt, daß ein Krieg nicht nur unausbleiblich, sondern unmittelbar bevorstehe. Als er gefragt wurde, mit wem er einen Krieg erwarte, sagte er: „Mit Großbritannien."

„Kontreadmiral Plunkett wiederholt die alte abgedroschene Phrase, daß man sich auf den Krieg vorbereiten müsse, wenn man Frieden haben wolle. Als der Weltkrieg ausbrach, waren die Nationen, die für ihn verantwortlich waren, bis an die Zähne bewaffnet. Wenn eine einzige Nation sich bis zu den äußersten Grenzen ihrer Kräfte bewaffnen konnte und alle anderen Nationen die Rüstung ablehnen würden, könnte die betreffende gerüstete Nation Frieden erwarten. Aber in dem Augenblick, in dem eine Nation beginnt, sich zu rüsten, folgen alle anderen nach und es bedarf dann nur einiger Drohungen, um den Krieg herbeizuführen und ihn tatsächlich unausweichlich zu machen."

Der Senator sagte, auch wenn es diesen Leuten nicht gelingen sollte, einen Krieg herbeizuführen, würden sie dem durch Steuern bereits überlasteten amerikanischen Volke neue Schulden aufbolzen. Er wies darauf hin, daß die öffentliche Schuld aus dem Kriege 18 Milliarden Dollar ausmacht, daß die Spitäler noch immer mit kranken und geistesgestörten Kriegsveteranen überfüllt sind, daß ein Drittel des Einkommens der Landwirte für Steuern aufgeht und daß Geschäftsleute täglich Kongreßmitglieder darauf aufmerksam machen, daß die hohen Steuern ihren ganzen Profit aufzehren. Seine Erklärung schließt mit den Worten:

„All das ist ein Teil eines wohlorganisierten Planes, die öffentliche Meinung für ein Wettrüsten der Flotten vorzubereiten. Eine beschränkte Anzahl von Kreuzern zum Schutze unseres Handels mag gerechtfertigt sein, aber dieses Programm zusammen mit den wilden und aufgeregten Erklärungen über einen uns drohenden Krieg ist reiner Wahnsinn."

Notruf aus Liechtenstein

Das Schweizerische Generalkonsulat in New York, das eine Sammlung der durch die Unwetterkatastrophe vom 25. September 1927 Geschädigten in den Kantonen Tessin, Graubünden und St. Gallen hier durchführt und in dieser Sammlung auch die Geschädigten im benachbarten Fürstentum Liechtenstein, das durch den Dammbruch des Rheins am stärksten gelitten hat, eingeschlossen hat, appelliert daher nicht nur an die Schweizer, sondern auch an die Liechtensteiner. Es sollen etwa 3000 liechtensteinische Staatsangehörige in den Ver. Staaten allein weilen.

Diese ersucht das Schweizerische Generalkonsulat, das sich 470 4. Ave., New York City, befindet, auch ein Scherflein zur Linderung der Not im alten Heimatlande beizutragen. Aber auch von anderer Seite werden dem Generalkonsulat jederzeit Gaben für den Hilfsfonds genehm sein.

Vielleicht wissen viele der hiesigen Liechtensteiner noch nicht alles von der gewaltigen Ausdehnung des Flutunglücks. Wir lassen daher einen Bericht über die Katastrophe folgen, der einer schweizerischen Zeitung entnommen ist.

„Ueber das Fürstentum Liechtenstein ist ein großes Unglück hereingebrochen. Am 25. September (vorigen Jahres) durchbrach der Rhein auf der liechtensteinischen Seite an zwei Orten die Dämme, zerstörte die Eisenbahnlinie Buchs-Schaan, riß Brücken hinweg, überführte das fruchtbare Gebiet um Schaan, einer stattlichen Ortschaft, mit Kies und Sand und wälzte sich über die Ebene sowohl gegen Mauren, Richtung Feldkirch zu, als auch verbunden mit einem späteren Dammbruch, über die Ortschaften Bendern und Gamprin gegen Ruggell, der untersten Ortschaft Liechtensteins, und setzte diese und das benachbarte vorarlbergische Dorf Bangs unter Wasser. Am 10. November wurde der beinahe fertige provisorische Damm bei der Schaaner Eisenbahnbrücke wiederum weggerissen, das ganze Gelände, 25 Quadratkilom., erneut unter Wasser gesetzt, und die Zerstörung vollendet. Der größte Teil des Ackerbaugebietes des Fürstentums Liechtenstein liegt seit dem 25. September unter Wasser. Die gesamte Ernte an Hackfrüchten aller Art, Kartoffeln, Mais, ist verloren. Im Ueberschwemmungsgebiet ist der Ackerbau, intensive landwirtschaftliche Betriebsweise, zu Hause. Der Schaden beträgt nach flüchtiger Schätzung hier allein 10 Millionen Franken. Für 10,000 Einwohner ist die Summe unbeschreiblich hoch.

„Das wackere und arbeitsame Volk, dessen Ernte der Rheinstrom für dieses Jahr vernichtet hat, das blühende Ortschaften zum Teil oder ganz seit zwei Monaten von seinen Fluten umspült sieht, das nun weiß, daß der fruchtbarste Teil seines Landes auf Jahrzehnte hinaus keinen Ertrag mehr bringen kann, weil die gute Ernte weggeschwemmt ist und an deren Stelle Kies und mächtige Schichten Rheinsand gekommen sind, dieses Volk steht vor einer ungeheuer schweren Aufgabe, deren Erfüllung nicht nur seinen wirtschaftlichen Aufstieg, den es seit dem Kriege unternommen hat, gefährdet, sondern die auch schwere, fast unerträgliche finanzielle Lasten auf lange Zeiten hinaus im Gefolge haben wird. Ruggell ist als Dorf verloren. Die Heimat von 600 Menschen ist nicht nur bedroht, sie ist nicht mehr."

Zurückgesandte Luftpost

Jetzt wird die postamtliche Liquidierung des ersten deutschen Luftpostversuches Deutschland—Amerika durchgeführt. Es handelt sich um die Briefe, die die beiden Junkersflugzeuge „Bremen" und „Europa" bei ihrem geplanten Ozeanflug im August v. J. nach Amerika unternehmen sollten. Im ganzen gingen damals für 74,000 Mark Postsachen aus allen Ländern Europas in Dessau für die Luftpost ein. Im einzelnen entfielen auf Flugzeug „Bremen" 1073 Briefe und 946 Karten und „Europa" 1329 Briefe und 226 Karten. Außer Deutschland waren vor allem die nordischen Staaten mit Sendungen vertreten. Die Postsachen gehen jetzt an ihre Absender zurück, nachdem sie Erlebnisse hinter sich haben, die nicht alltäglich sind.

Zuerst wurden die Postsachen in großen Postbeuteln mit der Aufschrift „Erste Luftpost Dessau-New York, Flugzeug „Bremen", bezw. „Europa", am 14. August 1927 auf dem Dessauer Flugplatz in die Flugzeuge verladen. Die „Europa" flog bis Bremen und die „Bremen" bis nach England. Da die beiden versuchten Ozeanflüge mißlangen, kamen die Postsachen auf dem Luftwege nach dem Dessauer Hauptpostamt zurück.

Am 20. September wurden sie nach Norderney geschafft, um den Flug mit dem Junkers-Wasserflugzeug D-1230 zu machen.

Am 4. Oktober startete D-1230 und flog über Amsterdam, Lissabon nach den Azoren. Hier wurde auch dieser Flug abgebrochen, und die Postsachen wanderten auf dem Dampferwege nach dem Dessauer Hauptpostamt zurück, wo sie am 21. Dezember eintrafen.

Jetzt sind die Postbeamten dabei, die Postsachen an die Absender zurückzusenden, bei denen sie in diesen Tagen, mit zahlreichen amtlichen Stempeln versehen, wieder eintreffen werden. Alle diese Postsachen tragen den vollen Wert der Freimachung in Höhe von 25 Mark für den Brief und 12 Mark für die Karte. Die Marken sind mit dem Dessauer Ortsstempel vom 14. August entwertet und haben außerdem einen roten Sonderstempel mit der Aufschrift „Befördert durch Luftpost mit Flugzeug Junkers W-33." Beim zweiten Flugversuch wurde ihnen am 9. Oktober der Poststempel von Norderney beigegeben. Jetzt erhielten sie einen roten Stempel mit dem Wortlaut: „Zurück. Flug nicht ausgeführt. Gebühr wird auf Antrag zurückerstattet." Die gesamte Freimachung der 2402 Briefe und 1172 Karten belief sich auf 74,114 Mark.

— Beschwerlich ist jeder Pfad, der aufwärts führt.

* * *

— Eine glückliche Jugend ist ein Kapital, von dessen Zinsen man ein ganzes Leben lang zehren kann.

* * *

— Glück ist eine Welt für sich. Entweder man ist ein Kind in dieser Glückswelt oder man ist es nicht.